



Bericht aus Berlin

16 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 16 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Bürokratieabbau muss fortgesetzt werden

Am Donnerstagvormittag debattierte der Deutsche Bundestag einen Antrag von CDU/CSU und FDP zum Bürokratieabbau im Mittelstand. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben. Ziel ist es, den Mittelstand zu entlasten und neue Freiräume für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Darüber hinaus sollen sich Unternehmer wieder mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Im Rahmen des in 2006 aufgesetzten Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ kommen staatlich auferlegte Berichts- und Informationspflichten auf den Prüfstand und werden – wo sinnvoll und machbar – auf das erforderliche Mindestmaß reduziert bzw. abgeschafft. Ziel ist es, bis zum Jahresende 2011 die Bürokratiekosten um ein Viertel zu senken. Laut Zwischenbilanz spart die Wirtschaft inzwischen deutlich über zehn Milliarden Euro pro Jahr an Kosten. Zum Vergleich: Noch vor fünf Jahren mussten Unternehmen in Deutschland jährlich etwa 50 Milliarden Euro für Bürokratiekosten aufwenden. Zu den Kernforderungen des Antrages zählen unter anderem: Die Vereinheitlichung und Verkürzung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen im Handels-, Steuer- und Sozialrecht, die zeitliche Straffung steuerlicher Betriebsprüfungen sowie deren Begrenzung auf Schwerpunkte und der Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern. Der Abbau von überflüssiger Bürokratie bleibt auch in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe.

Effektive Regulierung der Finanzmärkte

Die Finanzmarktkrise und die daraus für die öffentlichen Haushalte entstandenen finanziellen Belastungen haben deutlich gemacht, dass die Finanzmärkte strukturell reformiert werden müssen. Der am Freitag im Plenum beratene Antrag „Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise“ zieht eine positive Bilanz über die nach der Finanzmarktkrise bereits umgesetzten Maßnahmen zur Reform der Finanzmärkte, hebt die Bedeutung weiterer, noch laufender Regulierungsmaßnahmen hervor und mahnt die Umsetzung noch notwendiger Initiativen an.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich insbesondere dafür einzusetzen, dass die bereits beschlossenen Reformvorhaben zügig angegangen werden und die Einhaltung der neuen Vorgaben überwacht wird, dass die auf internationaler und europäischer Ebene noch nicht vollendeten Reformvorhaben zeitnah abgeschlossen werden und dass die bereits verabschiedeten internationalen Beschlüsse zur verstärkten Finanzmarktregulierung in allen Ländern vollständig umgesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Flyer „**12 Fragen und Antworten zur Finanzmarktregulierung**“ erstellt. Der Flyer kann unter fraktion@cducsu.de bestellt werden und steht darüber hinaus auch zum Download unter www.cducsu.de/publikationen bereit.

Weitere Informationen: www.cducsu.de

Parlamentsdeutsch...

... namentliche Abstimmung:

Eine Fraktion oder mindestens fünf Prozent der Abgeordneten können eine namentliche Abstimmung verlangen. Namentlich abgestimmt wird meist bei politisch besonders umstrittenen Fragen. Dafür haben die Abgeordneten Stimmkarten, auf denen ihr Name und ihre Fraktion stehen. Blaue Karten bedeuten „Ja“, rote „Nein“, weiße Karten bedeuten „Stimmhaltung“. Die Karten, die die Abgeordneten in Urnen werfen, werden von den Schriftführern gezählt. Das Ergebnis wird von dem Sitzungspräsidenten bekannt gegeben und im Internet veröffentlicht. Auch die Namensliste wird veröffentlicht. Unzulässig ist eine namentliche Abstimmung über bestimmte Verfahrensfragen wie die Überweisung einer Vorlage an einen Ausschuss.

Quelle: Parlamentsdeutsch, Lexikon der parlamentarischen Begriffe

Nachrichten

Götz: „S21 nimmt Baden nicht das Geld weg!“



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Abgeordnete im Dialog“ des CDU-Kreisverbandes Rastatt informierte Peter Götz MdB am 3. November in Durmersheim über bundespolitische Themen. Götz eröffnete den Dialogabend unter anderem mit aktuellen Meldungen zum Rastatter Tunnel. „Da wird aus politischen Motiven gezielt eine Verbindung zwischen dem Stuttgarter Bahnprojekt und dem Rastatter Vorhaben hergestellt“, kritisierte er und fügte hinzu: „um es klarzustellen: S21 nimmt Baden nicht das Geld weg.“

Einen ausführlichen Bericht zu der Veranstaltung finden Sie unter: www.goetzpeter.de.

Städtebauförderung wird angehoben – ein guter Tag für unsere Gemeinden

Peter Götz hatte immer wieder gefordert und bei den Bundeshaushältern darauf gedrungen, dass die Mittel für die Städtebauförderung im Bundeshaushalt 2012 nicht abgesenkt werden dürfen.

„Nun ist der Durchbruch gelungen“, zeigt sich der CDU-Politiker erleichtert, „der ursprünglich im Kabinettsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Millionen Euro wird um 45 Millionen Euro aufgestockt. Damit stellt der Bund im Jahr 2012 455 Millionen Euro zur Verfügung – die gleiche Summe wie im laufenden Jahr 2011. Ein wichtiges Ziel ist erreicht und der Bund setzt ein positives Signal für unsere Städte und Gemeinden. Vor Ort wird damit ein Investitionsvolumen in Höhe von über 3,7 Milliarden Euro angestoßen“.

Deutscher Studienpreis 2012 – Dissertationen mit gesellschaftlicher Relevanz gesucht

Peter Götz weist auf den hoch dotierten Wettbewerb hin, der sich an Wissenschaftler aller Fachrichtungen wendet. An der aktuellen Ausschreibung können Promovierte teilnehmen, die im Jahr 2011 ihre Dissertation mit exzellentem Ergebnis abschließen. **Einsendeschluss ist der 01.03.2012.** Der gesellschaftliche Wert einer Forschungsarbeit kann für den Wettbewerb einerseits in einem konkreten Anwendungsbezug bestehen oder einem innovativen Gesetzesvorschlag. Ebenso sind beim Deutschen Studienpreis Forschungsbeiträge willkommen, die Orientierungswissen bieten. Fragen zum Wettbewerb beantwortet das Büro des Deutschen Studienpreises der Körber-Stiftung, Tel: 040/808192-143. Weitere Informationen unter: www.studienpreis.de

Nachhaltige und bezahlbare Mobilität in Europa

Die Europäische Kommission plant eine strategische Neuausrichtung der europäischen Verkehrspolitik. Grundlage ist das Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“. Die Kommission will eine klare, einheitliche und umfassende Strategie, um eine nachhaltige und effiziente Mobilität in der Europäischen Union zu sichern. Dieses Ziel unterstützen auch die Fraktionen CDU/CSU und FDP in einem Antrag, der diese Woche im Bundestag debattiert und beschlossen wurde.

Für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik in Europa fordern CDU, CSU und FDP neben ökologischer Nachhaltigkeit vor allem eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Infrastruktur. Für eine wettbewerbsfähige und wachsende Mobilitäts- und Logistikbranche ist der weitere Abbau von technischen und rechtlichen Beschränkungen eine wesentliche Voraussetzung. Gerade für Deutschland – als Land im Herzen Europas und exportorientierte Volkswirtschaft - ist dies besonders wichtig. Ebenso ist ein leistungsstarkes, effizientes europäisches Kernnetz für das Transitland Deutschland von großer Bedeutung. Die Koalition fordert dazu auf, alle Verkehrsträger – ob auf Schiene oder Straße – gleich zu behandeln. Wo und in welchem Umfang eine Verkehrsverlagerung zwischen den Verkehrsträgern sinnvoll ist, muss eine zukunftsorientierte europäische Verkehrspolitik beantworten. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird. Mit Nachdruck setzen sich CDU/CSU und FDP auch weiterhin dafür ein, dass Mobilität für Bürger und Unternehmen in Zukunft bezahlbar bleibt.

Einige interessante Daten und Fakten...

Deutsche führen internationales Feld der Sparer an

Momentan legen die deutschen Haushalte jeden zehnten Euro beiseite. Damit steht Deutschland mit seiner Sparquote an der internationalen Spitze. In den Vereinigten Staaten etwa sparen die Einwohner nur 5,5% ihres Einkommens, in Polen ist die Sparquote mit 4,6% sogar noch geringer. Auch innerhalb Deutschlands sind Differenzen wahrzunehmen. So sparten die Baden-Württemberger mit rund 12% ihres Einkommens den höchsten Betrag, die Einwohner Bremens hingegen mit 8,5% den niedrigsten. Durch die aktuelle Schuldenkrise ändert sich zudem die Anlageform. Nach einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes halten aktuell nur noch 28% der Deutschen eine Lebensversicherung für die sicherste Anlage, im Jahr 2010 waren dies noch 46%. Auch in die private Rentenversicherung ist das Vertrauen von 38% auf 25% geschrumpft. Gefragt sind hingegen Investitionen in Immobilien: Fast die Hälfte der Deutschen bevorzugt das Eigenheim als Anlageform für den Vermögensaufbau.

(Quelle: Institut für Wirtschaft Köln)

Kindertagespflege 2011: Zahl der betreuten Kinder steigt um 10,5%

Die Zahl der Kinder, die von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut werden, hat weiter zugenommen. Zum Stichtag 1. März 2011 haben bundesweit die Eltern von 124.000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und -betreuung in Anspruch genommen. Dies entspricht einem Anstieg von 10,5% gegenüber dem Vorjahr. Zum Stichtag 1. März 2010 waren es 112.000 Kinder (+13,5% gegenüber 2009). Hauptsächlich nutzen Eltern von unter Dreijährigen die Kindertagespflege. Im März 2011 waren insgesamt rund 80.000 der insgesamt 124.000 Kinder in Tagespflege jünger als drei Jahre (64%). Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.000 beziehungsweise 11% erhöht. Bundesweit wurden damit 3,9% aller Kinder dieser Altersgruppe von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Zwischen März 2009 und März 2010 lag der Zuwachs bei 11.000 (+18%).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Arbeitsmarkt im Oktober 2011

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober weiter gesunken. Im Oktober waren 2,737 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 59.000 weniger als noch im September. Die Arbeitslosenquote sank daher leicht um 0,1 Punkte auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat befanden sich 204.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Zudem erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit rund 41,31 Millionen Personen im September 2011 einen neuerlichen Höchststand.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt)